

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riess.
Grunn Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassento: Dresden 1533
Circulasse Riess Nr. 52.

Nr. 224.

Dienstag, 25. September 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 22. bis 25. September 1923 000000 Mark einfl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile 120 Mk.; die 89 mm breite Reflektanzzeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Pittrich, Riess. Einfl. Nr. 20000.

Das Ortsgesetz über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die unbesoldeten Ratsmitglieder und die Stadtratsmitglieder vom 13. Juli 1923 liegt am 27. September 1923 ab 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathaus, Zimmer Nr. 3, öffentlich aus. Der Rat der Stadt Riess, am 24. September 1923.

Verichtigung zu gefriger Bekanntmachung über Reichsmietenzuschläge. Bei den großen Inkonsequenzen muß es heißen: 50000 fache Grundmiete. Der Rat der Stadt Riess, am 25. September 1923.

Das Ende des Ruhrkampfes.

Aufsatz des passiven Widerstandes?

Ostern mittags 12 Uhr hatte das Reichskabinett eine Besprechung mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterführung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Vorbedingungen — Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — schon vor einem Abbruch des passiven Widerstandes sichern, erfolglos geblieben sind. Daher sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten. In den an die Darlegungen des Reichskanzlers sich anschließenden Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den aus der finanziellen Erstickung sich ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluss gezogen werden müsse; sonst bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen. Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, erteilte der Reichskanzler sich, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nun notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Nachmittag hatte im Reichskanzlerhaus ein großer Kreis von Vertretern der Wirtschaftskammern und Berufsstände der besetzten Gebiete eine Zusammenkunft mit den Mitgliedern des Reichs- und des preussischen Kabinetts. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Stilllegung des passiven Widerstandes Kenntnis. Dagegen wurde von seiner Seite Widerspruch erhoben. Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einschlägigen Art des Abbruchs aus und äußerten ihre Wünsche hierzu im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondergehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse. Zum Schluss betonte der Reichskanzler, die Reichsregierung werde auch weiter an ihren Zielen — Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — unter allen Umständen festhalten. Die Versammlung endete mit einem fassen Bekenntnis zur inneren- und äußeren Einheit des Reiches.

Berliner Blätter über die Besprechungen.

Die Mitteilung über die gestrigen Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern des besetzten Gebietes über den Abbruch des passiven Widerstandes wird von einem großen Teil der Presse ohne Kommentar wiedergegeben. Von den deutschnationalen Blättern äußert sich nur die „Deutsche Tageszeitung“, die ihr Urteil in die Worte zusammenfaßt: Die neue Regierung ist jetzt sechs Wochen am Ruder. Das bisherige Ergebnis ihrer Politik ist nach außen ein nicht mehr zu verachtendes Resultat, nach innen kaum besser, nämlich ein Nichts.

Das „Berl. Tageblatt“ rechtfertigt den Beschluß der Reichsregierung über den Abbruch des passiven Widerstandes mit dem Hinweis auf die gewaltigen Mittel, die dieser Kampf verschlinge und die nicht länger zur Verfügung ständen. Habe doch die letzte Woche allein 800 Millionen Papiermark gekostet, eine Zahl, die in rascher Progression von Tag zu Tag steigen würde. Wenn Deutschland jetzt den passiven Widerstand abbricht, so schließt das Blatt, so hat es zwar eine Schlacht verloren; der Kampf muß aber weitergehen, der Kampf um die Wiedergewinnung des deutschen Volkes, um die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, um die Behauptung der deutschen Einheit.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Die amtliche Erklärung bedeutet einen Abbruch und einen Anfang. Sie sagt ohne Umschweife, was ist, und zeigt einen Mut zur Verantwortung, der leider in früheren kritischen Tagen des Deutschen Reiches gefehlt hat. Das Kabinett Stresemann hat in der knapp bemessenen Zeit, die ihm gegeben ist, alles versucht, um die abgestumpfte Waffe des passiven Widerstandes so wirksam wie möglich zu gestalten im Interesse der Kämpfe an Rhein und Ruhr. Das Ergebnis dieser Bemühungen war negativ.

Fortdauer der Besetzung.

Der „Tempo“ meldet, daß die sich anbahnende Verzögerung in der Ruhrzone die militärischen Maßnahmen

Frankreich zunächst unberührt läßt. Die am 1. Oktober einsetzenden Truppenverchiebungen und -abstellungen nach dem besetzten Gebiet bleiben in Kraft. Der Oberste Kriegsrat hat am Freitag beschlossen, die Truppenstärke im besetzten deutschen Gebiet auch für das vierte Vierteljahr 1923 in gleicher Höhe wie bisher bestehen zu lassen.

Der Retter.

Warum hat Deutschland den passiven Widerstand verlassen? Und warum kann es ihn nicht fortsetzen? Auf beide Schicksalsfragen hat Poincaré in seinen letzten Sonntagreden treffender, als es wahrheitsgemäß seine Absicht war, geantwortet. — Die erste Antwort ist in den Sätzen enthalten, mit denen der französische Ministerpräsident zu Beginn verurteilt, daß Frankreich die Großmacht, die er für den Ruhrkrieg anführte, schon früher geliebt habe. Allerdings nicht ganz freiwillig. Würden nicht, fragt Poincaré, die Verbandsmächte im Herbst 1918 im Stande gewesen, ihren militärischen Sieg zu verfestigen, und hätte Frankreich nicht damals schon an den Rhein, über den Rhein gehen können? Möglich. Wenn aber Poincaré sein Bedauern über diese Verhältnisse ganz offen kund gibt, so spricht er auch Klarheit damit aus, warum das deutsche Reich im Januar dieses Jahres den Widerstand aufnehmen mußte: „Um, soweit es in deutschen Kräften stand, zu verhindern, daß Frankreich nachholte, was es einige Jahre früher höchst ungern unterlassen hatte.“

Da jedoch die Beschlüsse von Versailles nicht mehr zu ändern sind, und da sogar der neue Sieg der französischen Fähigkeit die Wirkungen des Widerstandes nicht völlig hat auslöschen können, wendet sich Poincaré nunmehr den kommenden Tagen zu und warnt, laßt in der Haltung eines Retters, das deutsche Volk vor dem „Abgrund“. Auch das ist ein Bekenntnis; und es ist zugleich die Antwort auf die zweite Frage. Deutschland ist unglücklich geworden, den passiven Widerstand fortzuführen, weil seine Finanz- und Wirtschaftslage das bei uns schon abgebrachte, in dem Munde des französischen Ministerpräsidenten immerhin auffällige Gleichwort „Abgrund“ in der Tat rechtfertigt. Und es ist in diese Lage geraten, weil Frankreich eine Bürgerpflicht trüb, deren furchtbare Ergebnisse durch die nicht zu leugnenden schwersten Fehler deutscher Finanzpolitik nur verstärkt werden konnten, nicht ursprünglich verschuldet wurden. Poincaré gibt das zu, indem er betont, daß Deutschland noch hart am Rande des Abgrundes dem Sturz entgegen könne, wenn es sich den französischen Forderungen füge; sonst sei es allerdings nicht zu retten. Das bedeutet doch wohl, daß Poincaré mit voller Berechnung wartet, bis der Abgrundrand tatsächlich erreicht ist, und bis Deutschland zwischen diesem Rand und dem Vertorger keine Schwitzworte Raum mehr behält.

Was aber soll Deutschland tun, um die Ratschläge seines neuesten Retters zu befolgen? Poincaré sagt: den letzten Rest des Widerstandes beilegen, die Leistungen der französischen Neujahrsoffensivität und des „Gebühdes“ ausführen, überhaupt zahlen. Dabei unterläßt kein französischer Ministerpräsident der sonderbare Widerspruch, daß er das heutige Deutschland als eines der immer noch reichsten Länder bezeichnet. Ein reiches Land würde doch wohl selbst dann noch vor seinem Abgrund, wenn es, bei zerrütteten Staatsfinanzen, von einem Gläubiger von der Härte des französischen Vorgehens bedrängt würde. Sozialistisch gerichtet französische Blätter haben diesen Widerspruch denn auch sogleich erkannt und fragen den Ministerpräsidenten, welche Zahlungsfähigkeit er einem seit 1918 unverändert erschwärzten Deutschland für die nächsten Jahre denn zutraue? Solche Kritik hätte in Frankreich freilich geringe Wirkung, wenn nicht der wirtschaftspolitische Antagonismus der Sozialisten, der Großkapitalist Voucheur, in anderer Form genau das Gleiche sagte. Voucheur, dessen Neuerungsgewandtheit in der französischen Presse wiederzugeben wurden, unterstützt natürlich die Politik Poincarés, deren Einbilder er in wirtschaftlichen Dingen sogar zu sein scheint, erklärt die Schaffung eines neuen deutschen Geldes und die Ordnung des Staatshaushaltes für verhältnismäßig leicht, nennt die Währungsvernichter mit Hilfe der Rotenpresse ein Verbrechen, wiederholt die bekannten Vorwürfe gegen einen Staat, der sich durch künstliche Schuldvermehrung „bereichert“ habe — legt aber hinzu, daß dies auf Kosten des „ruinierten“ deutschen Mittelstandes geschehen sei. Eine Kritik aber, die in einem so wesentlichen Teil ihrer Träger verarmt und benachteiligt ist, kann unmöglich gesund und unvermindert leistungsfähig sein. Das wird Poincaré bei seinen Deutschlandretterabsichten doch wohl erwägen müssen.

„Neumark“, nicht „Vodenmark“.

Der Entwurf zur Errichtung einer Währungsbank, der vor kurzem von der Presse veröffentlicht worden ist, hat eine Reihe von Änderungen erfahren, die von so einschneidender Bedeutung sind, daß mit einer wesentlichen anderen Struktur der neuen Notenbank zu rechnen ist. Die Bezeichnung für die neue Währungsform wird nicht „Vodenmark“, sondern „Neumark“ sein.

Propaganda für eine rheinische Republik.

Zusammenkünfte in Wiesbaden.

Wie in anderen Städten des Rheinlandes in der letzten Zeit, so wurde auch am vergangenen Sonntag in Wiesbaden eine Verammlung der Rheinischen Volksvereinigungen zur Propaganda für eine rheinische Republik abgehalten. Schon am Vormittag durchzogen Patrouillen die Stadt. In den Nachmittagsstunden wurde die ganze Umgebung des Kurhauses abgesperrt. Gegen 3 Uhr kam ein Zug vom Bahnhof, der eine grün-weiß-rote Fahne mitführte und sich zum Kurhaus bewegte. Zu Beginn der Versammlung war der große Saal des Kurhauses ziemlich voll besetzt. Rentmeister Simon aus Frankfurt begrüßte die aus der Pfalz aus Rheinischen, aus Nassau und dem Rheingau erschienenen Mitglieder und erklärte, die Rheinische Volksvereinigung könne unmöglich länger dulden, daß von Berlin eine Unmenge Geldes zur Unterdrückung der rheinischen Bewegung verschleudert werde. Darauf richtete der Separatistenführer Matthes heftige Angriffe gegen die Berliner Regierung und stellte folgende Forderungen auf: Rheinische Währung, hinreichende Versorgung mit Lebensmitteln, Steuern und Abgaben müßten im Lande bleiben, Bildung eines rheinischen Wirtschaftsrats, nur noch rheinische Beamte, rheinische Eisenbahnen und rheinische Post. Die Schlußansprache hielt Dr. Dörten, der den Willen zur Verständigung mit Frankreich und Belgien in den Vordergrund stellte. Nach Schluß der Versammlung zogen die auswärtigen Teilnehmer zum Bahnhof. Auf dem Wege dorthin kam es in der Wilhelmstraße und in der Kaiserstraße zu Zusammenstößen. Die Schüsse auf die Rheinische Republik wurden mit Gegen-demonstrationen beantwortet, wobei es zu Tätlichkeiten kam. In der Wilhelmstraße wurde ein junger Mann blutig geschlagen. In der Kaiserstraße wurde mehrfach geschossen; dabei wurde ein junger Mann schwer verwundet. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Falsche Gerüchte

über Bildung einer rheinischen Republik.

Gerüchte, die vor allem im besetzten Gebiet umlaufen und sogar in die Presse Eingang gefunden haben, behaupten, daß die Bildung einer rheinischen Republik die Willkür der Reichsregierung finde. Es braucht nicht betont zu werden, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Es liegt auf der Hand, daß ihre Verbreiter damit nur den Zweck verfolgen, ihren reichsfeindlichen Sonderinteressen zu dienen.

Zwei Schutzpolizisten in Düsseldorf erschossen.

In Düsseldorf, in der Sonntag-Nacht wurden an der Ecke der Volksgartenstraße und der Oberbiller Straße zwei dienstitulende Wachmeister der Schutzpolizei, Robert Kosen und Karl Woy, durch mehrere Revolvergeschosse getötet. Als Täter kommen nach Zeugenaussagen zwei Männer in Betracht, die nach der Tat in der Richtung des Volksgartens davonliefen. Anschließend haben die Täter zu einer Gruppe von Männern gehört, die aus einer Versammlung von Sonderbündlern in M. Gladbach gekommen waren, sich in einer dem Tatort gegenüberliegenden Gastwirtschaft aufhielten, heftige Reden gegen die Berliner Regierung und Brechen hielten und Schüsse auf die Rheinische Republik ausbrachten. Einer der Männer zeigte dabei einen Revolver.

Die Münchener Zusammenkünfte.

München. Nach einer Mitteilung der Münchener Post sind die Zusammenkünfte zwischen Mitgliedern des Bundes „Oberland“ und Sozialisten am Sonnabend ersterer Natur gewesen, als nach der ersten Meldung angenommen war. Nach Eintreten der Dunkelheit wurden im Südwinkel Münchens ganze Straßenzüge von den Mitgliedern des Bundes „Oberland“ abgesperrt. Es wurde blindlings aus Karabinern und Pistolen geschossen. Die Straßenzüge wurden aufgeföhrt, die Häuser zu schließen. Dieser Aufforderung folgten sofort Schüsse. Man drang in Häuser ein, misshandelte Straßenspassanten und schoß blindlings. Die Eisenbahner hatten sich gewehrt, am Samstag einen Ortzug mit Rampenbeschleunigern, die bewaffnet waren, ins Quartal zu befördern.

Klare Befehle des Reichswehrministers.

Der Parteivorsitzende der Deutschen demokratischen Partei sagte am Sonntag im Reichstag von morgen 9.30 bis in die späten Abendstunden. Wir werden über die Tagung noch berichten. Im Laufe der Vortragsrede nahm auch Reichswehrminister Gessler zu Ausführungen über die Reichswehr das Wort. Er gab folgende Erklärung ab: „Sie können sich darauf verlassen: wenn der Ruf kommt, dann wird klar befohlen und klar gehandelt, und ich glaube auch an einen klaren Erfolg.“ Der Minister warnte davor, die innerpolitische Gefahr zu unterschätzen, die die nächsten Wochen bringen können, und erklärte, mit seinem Namen und seiner Ehre dafür einzustehen, daß die Reichswehr die verfassungsmäßige deutsche Regierung gegen jeden Angriff, von wem auch immer, zu schützen habe.